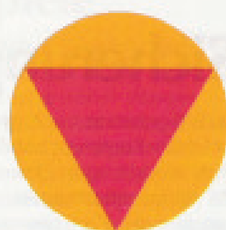
DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Februar 2/94

Menschenwürde

Noch am Montag sprach Bremens stellvertretender Verfassungsschützer Jachmann von einem leichten Rückgang der Gewalt. Dennoch gab es im letzten Jahr 112 neofaschistische Straftaten, laut Jachmann spontan und unter Sprit verübt. Ihr politisches Bewußtsein sei nicht ausgeprägt. Daher scheint es ihm ausreichend, ihre Gewaltbereitschaft etwas zu gängeln. Über unbestätigte Ansätze Bremer Neofaschisten um Markus Privenau, mit Hilfe von Computermordlisten zur Treibjagd auf die Linke aufzurufen, war auf dieser Veranstaltung nichts zu hören.

Die Welle von Anschlägen ist aber im 4. Jahr nach Oktober 1990 ungebrochen. Sie sucht mittlerweile auf menschenverachtende Weise ihre Opfer auch unter den Randgruppen unserer Gesellschaft. Nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte wurden in den letzten zwei Jahren 80 Behinderte tätlich angegriffen. Wie Schwule und Lesben, Prostituierte oder Obdachlose werden sie als „lebensunwert" zum Freiwild. Soweit kann Entsolidarisierung führen.

Raimund

Einladung zur Landesmitgliederkonferenz der VVN-BdA Bremen e.V.

aus technischen Gründen 1 Woche früher

Schon am Samstag, den 19. Februar 1994, in der Begegnungsstätte Haferkamp, Beginn: 14.00 Uhr, Mitgliedsbücher bitte mitbringen

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Beschlußfähigkeit
2. Wahl der Versammlungs- und Wahlleitung
3. Berichte des Landesvorstandes, Kassierer- und Revisionsbericht
4. Antifaschismus in Neubrandenburg
5. Aussprache, Entlastung
6. Wahl der/des Vorsitzenden, stellv. Vors., Kassierers, Geschäftsführenden Vorstandes
7. Wahl der weiteren Mitglieder des Landesvorstandes
8. Wahl der Bremer Delegierten im Bundesausschuß und zum Bundeskongreß am 28./29. Mai in Braunschweig
9. Anträge, Beschlußfassung
10. Schlußwort

Am Montag, den 31.1.94,

zeigen wir um 19.00 Uhr im DGB-Jugendtreff Westend den Film:

„Professor Mamlock"

Es geht um den Chefarzt der Chirurgie einer deutschen Universitätsstadt. Staat, Familie, Wissenschaft, Gerechtigkeit sind für ihn absolute Werte. Die Handlung spielt 1932/33. „So schlimm kann es nicht werden," ist seine Haltung. Daß er als Jude Beruf und Staatsbürgerschaft verlieren könnte, will ihm nicht in den Sinn. Erst als er entlassen wird, seine zu den Nazis übergelaufenen Freunde ihn verraten, erkennt er die Menschenfeindlichkeit des Faschismus. Er findet aber nicht den Weg, den sein Sohn ging, sondern sucht den Freitod, als er mit dem Wort „Jude" auf der Brust durch die Straßen gehetzt wird. Durch Verharmlosen und Verschleiern läßt sich die Vergangenheit nicht bewältigen. Konsequent müssen Ursachen und Wurzeln enthüllt und angegangen werden, um eine neue Welt des Friedens und der Freiheit zu erringen.

Am 12.1.94 haben sich Vertreter von SPD, DGB-Kreis Bremen, SDJ-Die Falken, VVN-BdA, DKP und AB im Landesbüro getroffen und festgelegt:

Gemeinsame Veranstaltung zum 75.Gedenktag der Bremer Räterepublik

am Sonntag, den 6. Februar 94

Programmablauf:

9.30 Uhr: Kaffee im DGB-Jugendtreff Westend (ehem. Gröpelinger Straßenbahnremise).

11.00 Uhr: Gang zum Denkmal, Ehrung der Verteidiger der Räterepublik.

Anschließend im Westend: Gespräch über Geschichte und Vermächtnis der Bremer Räterepublik.

Im Anschluß besteht die Möglichkeit, gemeinsam eine Suppe zu essen.

Carl von Ossietzky schrieb 1929 in der Weltbühne:

„Ohne ersichtliche Ursachen fällt der Staat aus einer Krankheit in die andre, und jede einzelne wird mit Mitteln kuriert, die mit dem Geist der Republik nichts zu tun haben. Wenn es gar nicht mehr weitergeht, wird die Krankheit jedesmal mit einer Verfassungsverletzung kuriert. Die Geschichte der neuen Verfassung ist nicht eine Geschichte ihrer Erfüllung, sondern ihrer Verletzungen. Man hält das für staatsmännisch, für realpolitisch oder sonstwas. Deutschland fehlt noch immer jener Respekt vor dem Verfassungsbuchstaben, der alle gut funktionierenden Demokratien auszeichnet."

Antifaschismus ist:

Sicherung demokratischer und sozialer Rechte

Die Ereignisse in den 2 Jahren nach unserer letzten Konferenz haben sich buchstäblich überschlagen. Obwohl die Treuhand die Wirtschaftsstrukturen der DDR zugunsten der Konkurrenz der BRD zerschlagen hat, wurde die Krise im Westen nicht verhindert.

Nachdem jahrelang behauptet wurde, die Einheit Deutschlands verursache ungeheure Kosten, mußte jetzt eingestanden werden, daß die im Osten eingeführte DM die Krise im Westen Deutschlands verzögert habe. Selbst Bundeskanzler Kohl verkündete im Dezember 1993, daß die Krise aus dem Westen kam.

In der Tat hat der Umbau in die Zweidrittel-Gesellschaft in der „freien Marktwirtschaft" der BRD schon vor 1989 begonnen. Zum Abschluß des Jahres 1993 waren im Westen 2,5 Millionen und für den Osten 1,2 Millionen Arbeitslose amtlich gemeldet. Von den 2,5 Millionen ABM-Beschäftigten und 1 Million Wohnungslosen spricht keiner mehr. Alle Prognosen von Wissenschaft und Wirtschaft melden für 1994 keinen Aufschwung.

Während 1929 die Weltwirtschaftskrise mit einem Bankenkrach eingeleitet wurde, und Banken wie die Dresdener vom Staat gestützt werden mußten, blühte 1993 der Aktienhandel, strichen die Aktionäre höhere Dividenden ein, kassierten die Banken aus Krediten an in- und ausländische Industrie Milliardengewinne.

Unter dem Stichwort „Solidarpakt" kassiert die CDU-CSU-FDP-Regierung bis zum Jahre 2003 von den Länder-Regierungen und belastet gleichzeitig die Kommunen durch erhöhte Ausgaben für die wachsende Zahl der Sozialempfänger. Bei den Kürzungen des Lebensunterhalts für Arbeiter, Angestellte und Arbeitslose sind die Herrschenden in Bonn sehr einfallsreich. Die Verkürzung der Arbeitszeit wird bezahlt durch das sogenannte 13. und 14. Monatseinkommen. Erhaltung der Lohnhöhe nur bei Erhöhung der Monatsarbeitszeit.

Die Kranken„reform" soll nochmals reformiert werden. Schmutzige Gedanken werden zur Reform der Renten„reform" gemacht, obwohl bereits klammheimlich die Rente in den letzten Jahren von brutto- auf nettolohnbezogen umgebaut worden ist.

In den vergangenen Jahren hat sich der Rechtsextremismus in Überfällen auf Wohnstätten ausländischer Mitbürger und Wohnungslose ausgetobt. Nunmehr richten Rechtsextremismus/Neofaschismus ihre Angriffe wieder gegen alle, die nicht für sie sind. Der „Einblick" veröffentlichte nicht nur eine Liste mit Namen von über 400 Frauen und Männern, sondern gab auch gleich an, sie wären für eine „Sonderbehandlung" freigegeben. Der „Einblick" versteht sich als Organ „Anti-Antifa-Gruppen", woraus der Verfassungsschutz schloß, daß sich links und rechts gegenseitig hochschaukelten.

Diese und schon früher veröffentlichte Listen belegen, daß die Rechten die „Mitte" mit Terrorlisten immer mehr nach rechts schaukeln. Im Jahr der 18 Wahlen kann dieser verhängnisvolle Irrtum zu nicht erfreulichen Wahlergebnissen führen und den Terror der Anti-Antifa auf den Straßen anheizen. Die Abläufe der bisherigen Aufmärsche der Neonazis und Rechtsextremisten dürfen sich 1994 nicht wiederholen.

Statt einer lauthals geführten Debatte, ob Lauschangriff oder nicht (übrigens schon längst Praxis), benötigen wir eine Debatte für die Einheit aller Demokraten gegenüber Rechtsparteien mit mehreren straff organisierten militärischen Verbänden. Aber die loyale Behandlung des rechten Randes und die geplanten Staatsmaßnahmen zur Einschränkung demokratischer Rechte entwickeln logischerweise rechte Tendenzen.

Wenn heute Schönhuber seine Reps als staatserhaltend darstellt, so steht dies im Widerspruch zum Programm der Partei. Wenn heute die Spitzen der DVU, Frey, Marion Blohm, den radikalen Nationalisten Schirinowski als ihren Freund und Kameraden preisen, so bedarf es doch keiner Anführung von Gründen mehr, daß die DVU rechtsradikal ist. Ein weiterer Abbau der demokratischen und sozialen Rechte in Staat und Wirtschaft ist heute wie 1929 die Grundlage für eine demagogische Politik der Rechten Szene. Wenn heute die Gewerkschaften in gutem Glauben mit den Konzernen und anderen Industrieverbänden durch Kompromisse mühsam errungene soziale Positionen preisgeben, so wird das nur zur Schwächung ihrer Stellung im Staate führen. Bei Einkommens- und sozialen Verlusten werden die Kolleginnen und Kollegen den Weg des geringsten Widerstandes beschreiten und die Gewerkschaften verlassen, wie es schon geschieht.

In der Krise 29/33 verloren die Gewerkschaften 50% ihrer Mitglieder, obwohl damals arbeitslose Mitglieder von der Gewerkschaft entsprechend ihres Beitrags unterstützt wurden. Noch nie hat das Kapital den Lohn- und Gehaltsabhängigen aus freien Stücken alte Rechte zurückgegeben.

Aufgrund dieser Erfahrungen sollte sich in den Gewerkschaften der Wille durchsetzen, errungene soziale und finanzielle Rechte um jeden Preis zu erhalten. Wenn der Arbeitgeber vorgibt, Arbeitgeber zu sein, ist er auch verantwortlich für die Beschaffung von Arbeit. Die Gewerkschaften sind die Interessenvertreter aller Arbeitnehmer, ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit. Die Verteidigung der demokratischen, sozialen und politischen Rechte ist antifaschistischer Auftrag, wie die Geschichte lehrt. Antifaschismus ist die parteiübergreifende Grundlage für einheitliches Handeln gegen Rechtsextremismus, Neofaschismus und für abrüstungsfördernde Maßnahmen, für weitere Einschränkung des Rüstungsexportes, denn Rüstung schafft keine neuen Arbeitsplätze, sondern vernichtet Güter und Leben, vernichtet Menschenrechte.

Willy Hundertmark

Erklärung der Lidice-Initiative vom 16.12.93

Am 30. September 1983 wurde die Jugendbildungsstätte St. Magnus in Lidice-Haus umbenannt – in Anwesenheit auch von Frauen aus Lidice, deren Männer 1942 von einem deutschen Besatzungskommando erschossen worden waren. Das ganze Dorf Lidice war damals als Abschreckungsmaßnahme dem Erdboden gleichgemacht worden. Nach 40 Jahren also war mit der Namensgebung Lidice-Haus ein Symbol der Versöhnung gesetzt und für die internationale Jugendarbeit in Bremen die Verpflichtung übernommen, für Völkerverständigung, Vertrauensbildung und Frieden zu wirken. Weitere 10 Jahre später findet sich schon eine Beiratsmehrheit, ausgerechnet unter Führung einer christlichen Partei, ein Teil des Symbols zu „kippen", indem man fordert, einer Bushaltestelle, an der sich unzählige ausländische Gäste und Besucher des Lidice-Hauses orientieren, den Namen „Lidice-Haus" zu nehmen. Wir halten das für eine Versündigung an der Geschichte. In der jetzigen Zeit kann Deutschland und auch Bremen ganz gut ausländerfreundliche Gesten und Symbole gebrauchen. Bitte erhalten Sie den Namen der Bushaltestelle „Lidice-Haus"!

(Pastor Dr. Ernst Uhl)
Sprecher der Lidice-Initiative

Ist Bonn unterwegs nach Weimar?

Bonner Politiker lassen verlauten, daß Bonn nicht Weimar sei. Doch ihre gegenwärtige Politik gibt Anlaß, Vergleiche mit den letzten Jahren der Weimarer Republik anzustellen. Während kluge Politiker Lehren aus jenen Jahren ziehen, haben Kohl, Kabinett und Kapital das offensichtlich nicht nötig. Sie pflegen und dienen offensichtlich der Tradition ihrer „C"-Vorgänger-Regierungen.

Es war kein geringerer als Kanzler Adenauer – Begründer der CDU –, der die Gefahr von Rechts verniedlichte und verharmloste. Zu seinem engsten Beraterstab zählte u.a. der Kommentator von Hitlers Judengesetzen, Dr. Hans Globke. Der KZ-Baupläne-Macher, Dr. H. Lübke, wurde sogar von ihm zum Bundespräsidenten vorgeschlagen. Laut Regierungs-Bulletin 159/59 äußerte Adenauer: „In meiner Regierung ist kein Revanchist. Ich würde niemals in ihr einen Minister dulden, der Revanchist ist".

Die Verharmlosung rechter und neonazistischer Gefahr zieht sich jedoch durch die ganze Geschichte der Bundesrepublik. Dagegen wurde von Regierungsseite von Anfang an immer ein riesiges „linksradikales" Schreckgespenst aufgebauscht. Kanzler Kohl spricht nicht von der Gefahr von rechts, sondern von „links und rechts". „Links" steht bei ihm immer im Vordergrund.

Adenauer, Erhard und bürgerliche Ideologen haben tonnenweise Papier verschrieben und manchen Liter Tinte, um dem Volk glauben zu machen, daß es Krisen, Inflation und Arbeitslosigkeit nicht mehr geben würde. Die gegenwärtig bekanntgegebenen Zahlen der Arbeitslosen in West- und Ost-Deutschland, dazu die wachsende Zahl von Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängern läßt nicht nur den Vergleich mit Weimar zu, die Aussichten für die Zukunft sind mehr als düster. Kohl, Kabinett und Kapital machen's möglich.

Um die Staatsfinanzen zu schonen, greifen Kohl u. Co. denen, die sowieso zuwenig haben, immer tiefer in den Geldbeutel. Löhne, Gehälter und Renten werden beraubt, die Preise aber steigen. Genau das ist der Boden, auf dem die Gefahr von Rechts und des Neonazismus gedeien. Die Tendenz zur weiteren Verarmung ist unverkennbar. Die Obdachlosigkeit wächst enorm, und die „Dritte Welt" hat bereits in unserem Land Fuß gefaßt.

Ob das der Anlaß ist, daß sich der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Schäuble Gedanken für einen Einsatz der Bundeswehr nach innen macht? Das wäre dann die Weiterentwicklung jener Überlegung von Bundespräsident Dr. H. Lübke: „Der Soldat der Bundeswehr kann in die Lage kommen, einmal gegen seine eigenen Landsleute kämpfen zu müssen".

Lübke seinerseits knüpfte an eine ähnliche Äußerung von Kaiser Wilhelm II. an, der Ende der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts seinen Soldaten befahl: „Bei den jetzt stattfindenden sozialdemokratischen Umtrieben kann es vorkommen, daß ich euch befehlen werde, eure Freunde und sogar eure engsten Verwandten niederzuschießen. Aber auch dann müßt ihr meinen Befehl ohne Murren befolgen".

Ich meine, es ist höchste Zeit, jetzt jene Gedanken aus dem Prager Manifest der SPD aus dem Jahr 1934 aufzugreifen : „In diesem Kampfe wird die Sozialdemokratische Partei eine Front aller antifaschistischen Schichten anstreben. Sie wird...zum gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse aufrufen".

Alois Engel

Herr Rexroth weiß, wie's kommt!

Zum Stuttgarter FDP-Parteitag 6.1.94

Wirtschaftsminister Rexroth kritisiert, 1. Unqualifiziertes Management habe den technischen Fortschritt eingebüßt, folglich die Wirtschaft desorientiert und den höchsten Stand der Arbeitslosigkeit seit 1948 produziert. 2. Die CDU/CSU hätten wie die SPD mit ihrem zerstrittenen Populismus Wirtschaft und Staat in einem desolaten Zustand hinterlassen. (Was sie auch sind!) 3. Die FDP habe die Personen und die Fähigkeit, einen neuen Aufschwung zu erreichen, allerdings könne aus dieser Talsohle keine neue Wohlfahrtsgesellschaft organisiert werden. Mit einem hohen Sockel an Arbeitslosen müsse gerechnet werden.

Rexroth bestätigt damit die Prognosen verpönter linker Wissenschaftler: Der Kapitalismus kann einen neuen Aufschwung erreichen, bei einem bleibenden Sockel von mindestens 2 Millionen Arbeitslosen, ohne einen Bestand von Langzeitarbeitslosen und Sozialempfängern zuzurechnen, wie es jetzt schon praktiziert wird. Die in den letzten Jahren geübte Praxis, Arbeiter und Angestellte in Frührente zu entlassen, wird in Zukunft wohl wegfallen müssen.

Bei heute schon 1 Million Wohnungslosen und einem hohen Anteil von Männern unter 40 wird diese Grundfrage in der sogenannten sozialen Marktwirtschaft kaum zu lösen sein. Der Umbau von 66 zu 34 % in eine 50 zu 50 % Gesellschaft rückt immer näher.

Willy Hundermark

Gegen falsche Gleichsetzung

800 – 1000 Berliner, darunter Kultursenator Roloff-Momin, protestierten trotz strömenden Regens und peitschenden Windes am 14. November 93 mit einem alternativen Stadtrundgang gegen die Umwidmung der Neuen Wache zu einem Denkmal des Verdrängen und Vergessens. Wir dokumentieren einen Auszug aus der ANTIFA 12/93.

"Der friedliche Denk-Gang begann in Kreuzberg auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände, Folter- und Schreckensort für unzählige Opfer der Nazis. Franz von Hammerstein, selbst ehemaliger KZ-Häftling und heute Kuratoriumsmitglied von Aktion Sühnezeichen, erklärte dort: ‚Hier können wir lernen, wohin Fremdenhaß, nationalistische Überheblichkeit und Kriegsbegeisterung führen. Hier werden wir gewarnt, vor allem auch die Jüngeren, wohin auch heute solche Anschläge führen können.' Es sei höchste Zeit für eine Umkehr beim Umgang mit der Geschichte.

In der Zimmerstraße im Bezirk Mitte vor dem früheren Ballhaus Clou, das von den Nazis als Sammelstelle für die Deportation von Juden genutzt wurde, sprach die Präsidentin der internationalen Liga für Menschenrechte, Alisa Fuss. Sie machte darauf aufmerksam, daß zukünftig an der Neuen Wache Tätern und Opfern gleichermaßen gedacht werden könne, dem Kriegsopfer Roland Freisler, der bei einem Bombenangriff umgekommene oberste Henker des Volksgerichtshofes, wie der in den KZ Ermordeten und Vergasten. Alisa Fuss sagte weiter: ‚50 Jahre wußten die Deutschen nicht genau, ob sie nun Opfer oder Täter oder beides ein bißchen gewesen sind. Nun endlich haben sich die ohnehin schwachen Selbstzweifel erledigt. Wir haben eine nationale Kranzabwurfstelle. Damit wird Erinnerung zum Vergessen. Es geht nicht nur um die Restaurierung von Kulturdenkmälern, sondern auch um eine Restauration im politischen Sinne. Da man auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme keine Antwort hat, sollen zumindest Patriotismus und Nationalismus den Identitätskitt bilden. Das ist verhängnisvoll für die Demokratie in Deutschland und für uns Juden.'

In der Tiergartenstraße, dort, wo die Zentrale von ‚T4' war, der Ort also, an dem das mörderische Programm der Euthanasie koordiniert worden ist, ein Programm, dem Hunderttausende Kranke und Behinderte, schließlich auch politisch Mißliebige zum Opfer gefallen sind, sprach Dr. Ellis Huber, Präsident der Ärztekammer Berlin. Die deutsche Ärzteschaft hat sich im Nationalsozialismus schuldig gemacht, sagte er. ‚Es waren wenige, die unmittelbar am Morden beteiligt waren. Es waren viele, die mit ihrem Schweigen den Terror und das Morden erst möglich machten. Es war schwierig, an dieser Stelle eine Gedenktafel durchzusetzen gegen den Willen der etablierten Ärzteschaft heute und gegen Widerstände im Lande Berlin und seiner Regierung."

30 Jahre Mosaik Kulturhaus – 10 Jahre Bremer Solidaritätschor

Vor 30 Jahren wurde einer der ältesten Einwanderervereine Bremens gegründet, der Verein Türkischer Arbeitnehmer in der Eduard-Grunow-Straße. Es war ein Kaffeehaus, in dem man sich zu Tee, Spiel und Unterhaltung traf. Auch die Politik blieb nicht außen vor. 1979 tat er sich mit dem 1976 gegründeten Verein für Arbeitnehmer aus der Türkei in Bremen-Nord zusammen und wurde Mitglied bei der Föderation demokratischer Arbeitervereine FIDEF.

War auch die Arbeit von der Solidarität mit den verfolgten Gewerkschaftlern, Anwälten, Schriftstellern in der Türkei bestimmt, so gab es doch viele Ansätze zu einer Zusammenarbeit mit dem gesamten linken politischen Spektrum Bremens. Als ich mich bemühte, einen Unterrichtsraum für Deutschkurse mit Flüchtlingen zu finden, ermutigten mich die Freunde in der Eduard-Grunow-Straße, Kurse dort abzuhalten. Es war die Zeit der vielen Gespräche, Sportstunden, Nähkurse und des Zwei-Wege-Sprachunterrichts mit Klaus Liebe-Harkort und Brenda Basar, Tandem-Kurse genannt. Der Sänger Heval wartete auf seine Anerkennung als Flüchtling und machte in dieser Zeit die Teestube. Damals begann er mit einem Kinderchor die Musikarbeit.

Von 1981 an strahlte der Verein auch stärker in die politische deutsche Öffentlichkeit hinein. In der HFT-Mensa führten wir Anfang 1982 das Fest zur Freundschaft mit einer breitangelegten Podiumsdiskussion zur Frage: „Nehmen wir irgendwem Arbeitsplätze weg?" durch. In der Zionsgemeinde traf sich die Bürgerinitiative gegen Ausländerfeindschaft. Mevlüt Senokur und Ender Hepsöyler informierten uns zunächst im Teerhof, später im neuen VVN-Büro in der Bürgermeister-Deichmann-Straße über die Entwicklung der Türkei. Gemeinsam sammelten wir Unterschriften gegen die Todesstrafe für 52 DISK-Gewerkschaftler. 1986 setzten wir uns für die Legalisierung des Friedensvereins ein. Im Januar 1987 sammelten wir an zwei wirklich eiskalten Tagen vor dem Hauptbahnhof und im Ostertor fast 600 Unterschriften für das Bürgerschaftswahlrecht.

Der Bremer Solidaritätschor entwickelte sich allmählich von 1984 an, dem Beginn musikalischer Lesungen an Nazim-Hikmet-Abenden. Der frühe Tod des Volkssängers Ruhi-Su Ende 1985 führte zu dem Entschluß, in seinem Geist verbotene und verfemte Lieder zu singen. Die Wirkung des Chors liegt vor allem in der Ernsthaftigkeit und Begeisterung seiner Mitglieder, die sich auf das Publikum überträgt. Das Politikum der Chorarbeit sehe ich nicht in erster Linie in den Liedertexten, sondern eher in der Art, über die Lieder Traditionen zusammenzubringen, deren gegenseitiges Verstehen nicht gerade von oben gefördert wird. In den Proben und Auftritten, im gegenseitigen Bemühen zu verstehen, welches Anliegen der andere überbringen will, in der Arbeit an Text und Interpretation sind sich Chormitglieder wie Gäste nähergekommen, unabhängig von der Herkunft. Dieses Zusammengehen macht die Stärke der Kulturarbeit aus. Sehr deutlich war es im Hikmet-Ritsos-Konzert 1988 zu spüren, als Mitglieder der (griechischen) Gruppe Harama im Chor mitwirkten. Das Aufgreifen armenischer, kurdischer, arabischer und griechischer Lieder bildete einen wichtigen Schritt zu neuen Ausdrucksformen. Die Kassette Anatolien in Liedern erschien.

1991 durchliefen Chor und Verein eine deutliche Änderung ihrer Zusammensetzung und ihres Arbeitsstils, eine sehr schmerzliche Veränderung. Mehmet Kuyucuogullari, besser bekannt als Can Tufan, löste Brenda Basar als Chorleiter ab. Die Orientierung des Vereins richtete sich mehr und mehr auf die Bewältigung des Einwanderungsprozesses. Daher wurde auch die Entwicklung von FIDEF zur GDF (Dachverband der Einwanderervereine aus der Türkei) begrüßt. Im Ergebnis entstand das Mosaik Kulturhaus. Mosaik besagt nicht nur, daß hier gesungen wird. Geschichten des Satirikers Osman Engin werden auch bei uns gerne gehört. Birol Demirs Lebensweg ist uns aus eigenen Schilderungen bei unseren Veranstaltungen ein wenig vertraut. Von ihm stammt das Bild mit dem Baum aus Kinderköpfen und den Worten Nazim Hikmets: „Leben einzeln und frei wie ein Baum und brüderlich wie ein Wald, das ist unse- Sehnsucht"! In diesem Sinne wünschen w. Mosaik alles Gute.

Raimund

Rüsten für den Staatsnotstand?

Kohls Staatsnotstand nimmt allmählich Gestalt an. Schäuble hatte gerade mit seinen Ausführungen zum schlankgemagerten (Un)sozialstaat den Wind gegen sich selbst gesät. Da setzte er nach mit dem Vorschlag, die Bundeswehr auch bei einer „größeren Sicherheitsbedrohung" im Inneren marschieren zu lassen. Einen Artikel 48 wie die Weimarer Verfassung kennt unser Grundgesetz ja trotz Notstandsverfassung nicht. Danach konnte der Reichspräsident „mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten", wenn „die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet" war. Dies passierte 1923 in Sachsen und Thüringen, nicht aber im republikfeindlichen Bayern.

Noch ist die Bundeswehr keine Berufsarmee. Nach Artikel 87a ist ihr Einsatz im Inneren zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich demokratische Grundordnung nur dann vorgesehen, wenn Polizeikräfte nicht ausreichen. Sie soll dann Fabrikanlagen vor bewaffneten Aufständischen schützen. Heftig kritisierte Notstandsübungen spielten 1968 den Bundeswehreinsatz bei Streiks in Hessen durch. Schäuble denkt weiter. Für ihn ist die Verarmung von wenigstens 2/3 der Bevölkerung ein absolutes Muß auf dem Weg zu einem starken Deutschland. Widerstände sind vorbeugend aus dem Weg zu räumen. Soll die Bundesrepublik zukünftig aus dem Eifelbunker regiert werden?

Bedenklich ist schon jetzt die Kriminalisierung von Antifaschisten, die sich gegen neofaschistische Todeslisten zur Wehr setzen. Als in Rostock Brandflaschen gegen Wohnungen vietnamesischer Vertragsarbeiter geworfen wurden, sprach die Bundesregierung von der Notwendigkeit, das Asylrecht schleunigst zu Fall zu bringen. Als in Mölln drei türkische MitbürgerInnen in den von Neofaschisten gelegten Flammen umkamen, forderte sie, die Abschiebung zu beschleunigen. Ei- halbes Jahr nach Solingen spricht die P. lizei von Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Extremisten. In Fulda wie in Dortmund aber wurden Menschen aus Zügen und Autos gezerrt, gehetzt, festgehalten, gefesselt und vernommen, die gegen die Formierung von braunen Mordkommandos protestieren.

Der rheinland-pfälzische Innenminister Walter Zuber nennt die braunen Mordlisten eine „Ausweitung des Kreises potentieller Opfer." Strafrechtlich sei es aber ohne Relevanz, hieß es jetzt dazu. Schließlich sei diese Liste die Antwort auf dieselben Methoden von links. Gelesen haben die Strafverfolgungsbehörden die Ausführungen der Neofaschisten wohl. Betrachten sie sie auch als Handlungsanleitung für sich? Das wäre in der Tat ein neuer Schritt in eine andere Republik.

Wilhelm Henkel

Schuld und Unschuld nicht verwischen

Den Landesvorstand der IVVdN Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt z.Zt. die Frage der Erhaltung der Gedenkstätten, auch der Internierungslager Fünfeichen und Bützows Dreibergen-Gefängnis. Anlaß dazu war eine Einladung der Landeszentrale für politische Bildung M/V. Walter Kübelbäck schrieb uns dazu: „Wir hätten Arbeitsgruppe oder so gesagt, denn Lobby heißt ja polit. Beeinflussung .. Naja, einiges müssen wir noch dazu lernen. Jedenfalls wollen wir wenigstens 2x im Jahr zusammenkommen, um die Gedenkstätten des nationalsozialist. Terrors im Lande zu erfassen. Dazu nutzen wir die Materialien aus der DDR und stellen fest, welche Erinnerungsstätten uns betreffen, für sie wollen wir streiten, nur für sie".

Nach einem Briefwechsel mit der Stadtverwaltung im Juni 1992 kam es beim stellvertretenden Oberbürgermeister Räuber zu Gesprächen mit der AG-Fünfeichen. Dabei wurde von allen Beteiligten festgehalten, daß es „keine Pauschalierung zwischen Opfer und Täter in Fünfeichen geben" kann, dort „nicht nur Unschuldige (waren), mit denen wir zusammenarbeiten können", und daß die „Opfer des Faschismus .. keineswegs gleichzusetzen (seien) mit den Opfern des Nachkrieges". Ein „Rückblick" von Dieter Krüger beleuchtet ein paar Aspekte der Internierungslager.

„Mit brutalem Terror und physischer Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen führte Hitlerdeutschland den Krieg. Das konnte und durfte nicht ungesühnt bleiben.. Im .. Potsdamer Abkommen .. hieß es u.a.: „Nazistische Parteiführer, einflußreiche Nazianhänger und die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und alle anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren".. Bei der Umsetzung dieser Zielstellung kam es jedoch .. in allen Besatzungszonen zu pauschalen Verhaftungen und Internierungen .. in den drei westlichen Besatzungszonen erfolgte die Internierung von etwa 250 000 Personen. Davon allein in der amerikanischen Zone 100 000 bis zum Jahresende 1945. In der britischen Besatzungszone bestanden zur Jahreswende 1945/46 acht Internierungslager .. In der sowjetischen Besatzungszone haben zwischen 1945 und 1950 insgesamt mindestens 11 Internierungslager bestanden..

Nach einer sowjetischen Quelle befanden sich am 28. Februar 1946 im Sonderlager Nr. 9 (Fünfeichen) 9695 internierte Personen nach folgender Aufschlüsselung: „NSDAP-Mitglieder: 5500, Gestapoagenten: 389, Gestapomitarbeiter: 149, Angestellte der Straforgane: 1169, Führer der Hitlerjugend: 86, Halter von Waffenlagern: 47, Angestellte von Staats- und Wirtschaftsorganen: 413, Angehörige des Volkssturms: 230 usw.. '

Die vollständige Tatenlosigkeit .. die absolute Isolation, das ungewisse Schicksal und die elenden, überwiegend menschenunwürdigen Lebensumstände in den Lagern führten dazu, daß sich die Internierten als Opfer betrachteten .. Zehntausende Verstorbener aus den Internierungslagern sind Opfer einer Nachkriegsmaßnahme .. Doch warum internierte das NKWD Jugendliche (noch 1946!), ohne sie politisch zu beeinflussen?.. Doch bei allen bitteren Wahrheiten aus jenen Jahren sollten wir bedenken, daß es das faschistische Deutschland war, welches dieses Unheil herbeigeführt hat .. wer die Betroffenheit über das, was an menschlichem Leid die Internierung mit sich brachte, ausnutzt, indem er in nationalistischen oder antisowjetischen Jargon verfällt, der versündigt sich an der Geschichte".

Wer an einer Welt des Friedens und der Freiheit mitbauen will, wer sich aktiv gegen Neofaschismus, Rassismus und Krieg einsetzt, sollte Mitglied in der VVN-Bund der Antifaschisten werden.

- ☐ Ich möchte mehr über die VVN-Bund der Antifaschisten wissen.
- ☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- ☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

Mich interessieren vor allem folgende Schwerpunkte:

- ☐ Einwanderer und Flüchtlinge
- ☐ Neofaschismus
- ☐ Frieden
- ☐ Geschichtsforschung
- ☐ Erinnerungsarbeit

Name, Vorname ____________________

Straße ____________________

PLZ, Ort ____________________

Telefon ____________________

Geburtsdatum, Ort ____________________

Beruf ____________________

Bremen, den ____________________

Unterschrift ____________________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-Deichmann-Str.26, 28217 Bremen

Denkspiele

Die Wahlen in Italien deuteten eine Tendenz im Europa der neunziger Jahre an, die wir uns genauer ansehen müssen: Die bisherigen Regierungsparteien haben eine empfindliche Niederlage erlitten, die Christdemokraten gerade mal 11–15 %, weniger als ein Viertel ihrer Prozente, behalten, Liberale und Sozialdemokraten gibt es nur noch vereinzelt. Gewonnen hat in Rom, Genua, Neapel, Venedig und Triest die im kalten Krieg verfemte und von der politischen Macht ferngehaltene PDS. Erschreckend sind die starken Gewinne der rassistischen Ligen im Norden und der Faschisten im Süden. Knapp 30 % für die Ligen in Venedig, Triest und Genua, wie für die Mussolini-Enkelin in Neapel,die faschistische MSI wurde zur stärksten Partei in Rom. Wie werden sich die Christdemokraten in dieser Zerreißprobe entscheiden? Mit den Faschisten gehen, wie in den Zwanzigern, und sich ihnen unterordnen oder eine demokratische Front mit der PDS bilden? Die Frage ist trotz anderer Voraussetzungen auch für uns wichtig. Was wäre denn, wenn die CDU sich spalten sollte in eine konservativ-liberale und eine bundesweite deutsch-nationale Partei? Nach dem SPD-Parteitag und dem Rücktritt Heitmanns von der Kandidatur, nach der Erosion der CDU-Stimmen in Hamburg und der Koalition mit der Statt-Partei liegt der Gedanke an eine Große Koalition nicht fern. In letzter Konsequenz bedeutet dies eine Rechtswende mit Absenkung der Tariflöhne, Verstärkung von Sozialabbau und Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Kohl hat das in der Haushaltsdebatte deutlich gesagt. Laut Rexroth soll ein spezieller Niedriglohnbereich für niedrig Verdienende geschaffen werden. Kanther, BKA und Generalbundesanwaltschaft fordern eine knallharte Verschärfung der Verfolgung von Terrorismus, können aber in Solingen keine Spuren zum organisierten Neofaschismus entdecken. Dagegen wurden vorbeugend 35 kurdische Gruppen verboten. So wird der Bevölkerung das Feindbild vermittelt. Abgelenkt wird von der Sozialmisere, der enormen Bereicherung führender Politiker, der Verschleppung von Naziprozessen. Es stimmt schon wenn Ignaz Bubis erklärt: „Ich bin der Meinung,daß die Bundesregierung eben nicht genug tut."

Die Konrad-Adenauer-Stiftung präsentierte vor Weihnachten eine Studie, die das Auftreten der Neofaschisten in deutschen Parlamenten verharmlosend als handlungs- und politikunfähig abtut. Schon sind 63 von 136 Fraktionen in den Kommunalparlamenten zerfallen, festzustellen seien „propagandistische Fensterreden" statt „konkreter politischer Problemlösun-

Fortsetzung S. 6

Fortsetzung von S. 5
gen". Es gebe kaum „Kontakt- oder Dialogangebote" an die Wähler. Die Reps seien Lichtjahre entfernt von den Zielen einer Programm- oder gar Verantwortungspartei. Bereiten sich in der CDU inzwischen schon Stahlhelm-Strategen darauf vor, offene Koalitionen mit Neofaschisten einzugehen, sollte sich die CDU/CSU nach starken Stimmverlusten spalten? Die hysterischen Ausfälle gegen die PDS aus Bayern passen da durchaus ins Bild, denn schließlich gibt es in Augsburg mehr als eine Kungelei zwischen CSU und Reps.

Richard Keßler

Geburtstage im Februar

Meta Böttcher	1. Feb.,	84 J.
Hans-Günter Sanders	6. Feb.,	48 J.
Ismail Apul	12. Feb.,	46 J.
Christoph Haun	12. Feb.,	44 J.
Christoph Gerdes	15. Feb.,	31 J.
Barbara Miersch	16. Feb.,	40 J.
Johanna Elmers	17. Feb.,	76 J.
Thomas Willms	17. Feb.,	27 J.
Gerd Dahlke	21. Feb.,	42 J.
Waltraut Metz	23. Feb.,	68 J.
Hans Friese	26. Feb.,	51 J.
Thomas Kosicki	26. Feb.,	42 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden

Der Landesvorstand

Ohne Kommentar

Die Erfahrung lehrt, Kürzungen des Einkommens der abhängig Beschäftigten sind kein Mittel, um die Krise der freien Marktwirtschaft zu lösen. Was schon von Firmen verschämt als „Kaufzurückhaltung" bezeichnet wird, ist neudeutsche Bezeichnung für Umsatzrückgang durch Einkommensverluste bei Jederfrau und Jedermann. Und denen wird immer mehr genommen.

1. Beispiel: Der Abschluß der IG Chemie, 2% Lohnerhöhung und das Recht der Unternehmer, bei Neueinstellungen 10–30% weniger Lohn zu zahlen, erzielt einen Abbau der Kaufkraft. Außerdem fördert dieser Abschluß nicht das Ansehen der Gewerkschaft und ist keinesfalls ein Solidarbeitrag für die Kollegen im Osten, wie der Kollege Rappe meinte.

Interessant wäre eine Meinungsumfrage bei den jungen Kollegen, die jetzt ihre Ausbildung beenden. Sie sollen nämlich weiterbeschäftigt werden, bei Verzicht auf den tariflichen Lohn.

Ein Musterbeispiel für die Haltung des Arbeitgebertums wird aus dem rheinischen Kerpen gemeldet (WK 13.1.94). In der Hoffnung, die Arbeitsplätze zu erhalten, haben die Kollegen monatelang ohne Lohn weitergearbeitet. Das ist für den Unternehmer vorteilhafter gewesen als eine Lohnerhöhung weit unter der Inflationsrate. Es kommt aber noch schlimmer, weil die Kollegen inzwischen den letzten Pfennig des Ersparten verbraucht haben, sollen sie zur Wohle gehen, die heute Sozialamt heißt.

W.H.

Während klammheimlich ab 1.1.94 eine neue Arznei-Gebührenordnung eingeführt worden ist, folgte ihr was ganz Neues auf dem Fuße. Mit einer neuen Reform der Reform sollen in Zukunft für Brillen und Zähne höhere und für Kuren neue Zuschüsse gezahlt werden. Ganz aus der Versicherung genommen werden sollen verschiedene Behandlungen, wie Gesichtsoperationen. Am 9. Januar hat Minister Blüm sich vehement gegen diese Maßnahmen ausgesprochen. Wer glaubt aber noch einem Bonner Minister?

W.H.

z.B. Bischofferode

Am 31.12.1993 wurde die Schachtanlage in Bischofferode endgültig geschlossen. Bis zuletzt haben die Kalikumpel alles versucht, ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Sie besetzten den Eingang und fuhren ein, um in 850 Meter Tiefe die Öffentlichkeit für sich zu gewinnen. Der Einsatz ging verloren, gewonnen wurde eine wichtige Erfahrung für alle, die um einen Arbeitsplatz ringen:

Von denen, die heute oben sind, ist keine Unterstützung zu erwarten. Die Herrschenden stellen sogar die Frischluft ab, wenn es um ihren Profit geht. So geschehen in Bischofferode, Stunden vor dem Fest des Friedens für alle.

W.H.

Es flatterte ein Brief

Uns flatterte eine verspätete Kritik auf den Schreibtisch. Sie war nicht direkt an uns gerichtet, betrifft uns aber auch. Es geht nämlich um die Gedenkveranstaltungen zur Reichspogromnacht. Seit Jahren bereitet eine Gruppe von Antifaschisten um Pastor Hartmut Drewes das Gedenken vor. Neben Vertretern verschiedener Organisationen gibt es weitere Unterstützer. Nun hat die „Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit" in einem Brief an Pastor Hartmut Drewes Kritik angemeldet. Kritik ist immer gut, wenn sie aus eigener Kenntnis erfolgt.

„..wie uns berichtet wurde, hätte Herr Drewes gegen ... Steffen Heitmann" in unzulässiger Weise argumentiert. Was wurde gesagt? Nach einer Reihe von Beispielen, wie die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland verdrängt wurde und wird, wurde Steffen Heitmann zitiert. Und hier ist das Zitat, das durch alle Medien, auch im Ausland veröffentlicht worden ist:

„Aus dem Holocaust darf keine deutsche Sonderrolle bis ans Ende der Geschichte abgeleitet werden".

Inzwischen ist Steffen Heitmann kein Kandidat mehr für das Amt des Bundespräsidenten, aber es bleibt die Frage:

Wird der Justizminister Heitmann an dies[illegible] Einstellung festhalten? Wir glauben au[illegible] nicht, daß es der christlich-jüdischen Zusammenarbeit förderlich ist, wenn die Bremer Gesellschaft in Zukunft nicht mehr am Gedenken teilnimmt. Noch eine Anmerkung: Wenn die Rede des Herrn Prof. Silbermann vom November 91 unverständlich war, dann empfehlen wir den „Bremer Antifaschist" Nr.12/91 zu lesen. Dann empfehlen wir, die wissenschaftlichen Arbeiten von Herrn Pätzold zu studieren, die die Geschichte der Verfolgung und Vernichtung des Judentums bloßlegen, bevor man sich eines Titels „Rote Socke" bedient, auch wenn Professor Pätzold „abgewickelt" ist, wie man heute neudeutsch für gemaßregelt sagt. Diese Maßregelung gehört auch zur Politik der Verdrängung.

Willy Hundertmark

Mahnwache zur Eröffnung der Landtagssitzung

Jeden 2. oder 3. Mittwoch im Monat 16.00–18.00 Uhr vor der Bürgerschaft

Wichtige Mitteilungen:

Unser Büro ist geöffnet:
Dienstags von 16.00–18.00 Uhr
Mittwochs von 16.00–18.00 Uhr
Donnerstags von 15.00–18.00 Uhr
Tag der Bürokasse und Beitragszahlungen
Beitragsbelege für das Finanzamt auf Anforderung

Jeden Montag von 17.00–18.00 Uhr tagt der Geschäftsführende Vorstand

Jeden 4. Montag von 19.00–21.00 Uhr der Landesvorstand.
Alle Mitglieder können mit beratender Stimme teilnehmen.

Sozialer Beratungsdienst
Donnerstags nach Vereinbarung im Büro Bürgermeister-Deichmann-Str. 26. In allen sozialen Fragen kann beraten werden. Wenn notwendig, auch Hilfe bei Behördengängen.

Die Anschrift für alle Angelegenheiten:
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 BREMEN
Tel.: 0421/382914
Fax: 0421/382918

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 29050101), Kto.-Nr. 103 1913

Alternative Rundgänge-Fahrten, Anmeldung auch unter Tel.: 611262

Redaktionsschluß für den BAF am 15. eines jeden Monats.

Wichtige Mitteilungen und Artikel sind nach Absprache möglich.

V.i.S.d.P.: Willy Hundertmark